

Kurzreview der Fachliteratur: Rechtsfragen zur Digitalisierung der Hochschulen in NRW (Datenschutz-, Urheber- und Prüfungsrecht, Sonstiges)

Ausgabe 05/2023

Projekt Rechtsinformationsstelle Digitale Hochschule NRW
veröffentlicht am 30. Juni 2023

Konzept

Im Folgenden haben wir Beiträge betreffend die Digitalisierung der Hochschulen in NRW aus der im Juni erschienen rechtswissenschaftlichen Fachliteratur zusammengestellt mit Autor, Titel, Link und meist kurzer Inhaltsangabe.

Die Quellen beschränken sich im Wesentlichen auf die folgenden Zeitschriften: Computer und Recht (CR), Computer und Recht international (CRi), Datenschutz und Datensicherheit (DuD), Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (GRUR), Der IT-Rechtsberater (ITRB), Kommunikation und Recht (K&R), Multimedia und Recht (MMR), Neue Juristische Zeitschrift (NJW), Zeitschrift für Datenschutz (ZD), Zeitschrift für Informationsrecht (ZIIR), Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht (ZUM), COVID-19 und Recht (COVuR), Ordnung der Wissenschaft (OdW), Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (NVwZ), Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter (NVWB.), Verwaltungsrundschau (VR), Zeitschrift für Digitalisierung und Recht (ZfDR), Recht Digital (RDi), Privacy in Germany (PinG), Wissenschaftsrecht (WissR), Infobrief Recht des Deutschen Forschungsnetzwerkes. Darüberhinausgehende Literatur versuchen wir mit aktuellen Recherchen in beck-online.de abzudecken.

Internetquellen konnten aus technischen Gründen für Mai 2023 nicht ausgewertet werden.

Inhalt

Konzept.....	1
Datenschutzrecht.....	2
Urheberrecht.....	2
Prüfungs- und Hochschulrecht	2
Sonstiges (Staatshaftungs-, Arbeits-/Dienst-, Organisationsrecht).....	3
Internetquellen.....	3
Veranstaltungen / Schulungen bzgl. Rechtsfragen einer Digitalen Hochschule	3

Datenschutzrecht

1. **EuGH Urteil v. 30.3.2023 – C-34/21, Anforderungen an nationale Regelungen zum Beschäftigtendatenschutz bei Videokonferenzen** (K&R 2023, 22-30, abrufbar [hier](#), kostenlos)

Der EuGH hat in seinem Urteil vom 30.03.2023 entschieden, dass Art. 88 DSGVO dahin auszulegen ist, dass eine nationale Rechtsvorschrift keine „spezifischere Vorschrift“ i.S.d. Art. 88 Abs. 1 DSGVO darstellen kann, wenn sie nicht die Vorgaben des Abs. 2 erfüllt. Nationale Rechtsvorschriften zur Gewährleistung des Schutzes der Rechte und Freiheiten von Beschäftigten hinsichtlich der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten im Beschäftigtenkontext müssen unangewendet bleiben, wenn sie nicht den Voraussetzungen des Art. 88 Abs. 1 und 2 entsprechen.

2. **Meyer, Markus, EuGH: Ein Livestream des öffentlichen Schulunterrichts fällt unter die DSGVO** (CR 2023, 52-53, abrufbar bei [juris](#), €)

Laut dem zuvor genannten Urteil des EuGHs ist bei Onlineunterricht in der Schule sowie bei der Erteilung des Unterrichts durch Lehrkräfte des öffentlichen Dienstes der sachliche und persönliche Anwendungsbereich der DSGVO eröffnet. Der Autor merkt an, dass die Entscheidung hohe Relevanz und erhebliche Auswirkungen auf die Praxis hat, was vor allem daran liegt, dass der wortgleiche § 26 Abs. 1 S. 1 BDSG von den Datenschutzbehörden und Gerichten als zentrale Rechtsgrundlage zur Datenerhebung im Dienst- und Arbeitsverhältnis angesehen wird. Die Aussagen des EuGHs zur Hamburger Norm könnten übertragen werden.

Urheberrecht

-

Prüfungs- und Hochschulrecht

3. **Paschke, Anne, Social Media-Nutzung von Hochschulen vor dem Aus? Verfassungsrechtliche Analyse der Untersagungsverfügung des BfDI gegen das BPA von 17.02.2023** (OdW 2023, 165-172, abrufbar bei [OdW](#), kostenlos)

Hochschulen, Lehrstühle und Institute nutzen vermehrt die Möglichkeit, Öffentlichkeitsarbeit über soziale Netzwerke zu betreiben. Diese Internetpräsenz könnte jedoch vor dem Aus stehen: Der BfDI hat im Februar 2023 dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung den Betrieb der „Facebook-Fanpage“ der Bundesregierung untersagt. Sollte diese Untersagung rechtmäßig gewesen sein, ist von einer Untersagung anderer „Fanpages“, also auch jene im Bereich von Hochschulen und Wissenschaft auszugehen.

Kritik übt die Autorin an der Untersagung vor allem vor dem Hintergrund, dass die Öffentlichkeitsarbeit über die sozialen Medien insbesondere Studierende dort erreiche, wo sie sich vielfach aufhalten. Zudem nutze und unterstütze sie den Fortschritt der Digitalisierung.

Sonstiges (Staatshaftungs-, Arbeits-/Dienst-, Organisationsrecht)

4. *Becker, Daniel: Der Kommissionsentwurf für eine KI-Verordnung – Gefahr für die Wissenschaftsfreiheit? Eine Analyse des KI-VOE im Licht von Art. 13 GRC (ZfDR 2023, 164-183, abrufbar bei [Beck-Online](#), €)*

Der Entwurf der KI-Verordnung ist seit seiner Veröffentlichung Gegenstand einer intensiven juristischen Debatte. Insbesondere wird diskutiert, ob die im KI-VOE enthaltenen Einschränkungen eine Verletzung der Wissenschaftsfreiheit darstellen. Der Autor beschäftigt sich ausführlich mit möglichen Schranken und Vorschlägen zur Änderung des Kommissionsentwurfs. Eine Gefahr für die Wissenschaftsfreiheit nimmt er dabei jedoch nicht an, gleichwohl er die Verhältnismäßigkeit im Einzelfall bezweifelt.

Internetquellen

Internetquellen aus dem Mai konnten aus technischen Gründen nicht ausgewertet werden.

Veranstaltungen / Schulungen bzgl. Rechtsfragen einer Digitalen Hochschule

-